

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, **befristet bis zum 31.12.2026** eine:n

Jurist:in / wissenschaftliche:n Referent:in (m/w/d)

*für das Projekt »Darstellung und Bewertung von Reformbedarfen
im 2. Abschnitt Jugendschutzgesetz«*

Arbeitsort: Berlin | **Stellenumfang:** Vollzeit

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) setzt sich seit mehr als 70 Jahren für ein gutes und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ein. Als bundesweit tätiger Verband vertritt sie die Anliegen des Kinder- und Jugendschutzes gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit, bringt ihre Expertise in Stellungnahmen und Anhörungen ein und leistet Aufklärungs- und Informationsarbeit.

Im Mittelpunkt des Projekts steht die juristisch fundierte Aufarbeitung von Reformbedarfen im 2. Abschnitt des Jugendschutzgesetzes (»Jugendschutz in der Öffentlichkeit«). Ziel ist es, bestehende Regelungen systematisch zu analysieren, Änderungs- und Prüfbedarfe herauszuarbeiten, fachliche Rückmeldungen aus Ländern und Praxis einzubeziehen und daraus Handlungsoptionen für einen möglichen weiteren gesetzgeberischen Anpassungsbedarf abzuleiten. Das zentrale Ergebnis des Projekts ist ein fachliches Empfehlungspapier.

Ihre Aufgaben

- juristische Bestandsaufnahme des geltenden Rechts im 2. Abschnitt JuSchG
- Sichtung und Auswertung bereits vorliegender fachlicher Vorarbeiten und Materialien
- Entwicklung eines strukturierten Prüfrahmens für die juristische Analyse
- Vorbereitung, Durchführung und Auswertung eines fachlichen Austauschs insbesondere mit Ländern, Jugendämtern und weiteren relevanten Akteuren aus Praxis, Vollzug und Fachorganisationen
- Entwicklung und Bewertung gesetzgeberischer Handlungsoptionen
- Erarbeitung eines fachlichen Empfehlungspapiers mit Vorschlägen für weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf

Ihr Profil / Ihre Kompetenzen

- abgeschlossenes erstes juristisches Staatsexamen oder vergleichbare juristische Qualifikation
- gute Kenntnisse im öffentlichen Recht, idealerweise mit Bezügen zum Kinder- und Jugendhilferecht, Jugendschutzrecht, Ordnungsrecht oder angrenzenden Rechtsgebieten

- Fähigkeit, juristische Sachverhalte strukturiert zu analysieren und adressatengerecht schriftlich darzustellen
- idealerweise Erfahrung in der Erstellung von Stellungnahmen, Gutachten, Berichten oder vergleichbaren fachlichen Texten
- selbstständige, sorgfältige und strukturierte Arbeitsweise sowie Teamfähigkeit

Wir bieten

- Mitarbeit an einem politisch und fachlich aktuellen Projekt mit bundesweiter Relevanz
- ein kleines, konstruktiv zusammenarbeitendes und freundliches Team
- attraktive Vergütung in Anlehnung an den TVöD Bund (Ost), Entgeltgruppe 13
- einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz nahe Alexanderplatz
- Möglichkeit zum mobilen Arbeiten
- familienfreundliche Arbeitszeiten

Die Stelle ist projektgebunden und ausschließlich für die Durchführung des genannten Vorhabens vorgesehen. Die Besetzung erfolgt vorbehaltlich der finalen Förderzusage des Zuwendungsgebers.

Die Förderung der Gleichberechtigung ist für die BAJ eine Selbstverständlichkeit. Den Belangen des Bundesgleichstellungsgesetzes wird bei Bewerbungs- und Einstellungsverfahren Rechnung getragen. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen besonders berücksichtigt.

Hinweis zum Datenschutz: Mit Ihrer Bewerbung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre personenbezogenen Daten vorübergehend gespeichert und zur Abwicklung des Bewerbungs- und ggf. eines Einstellungsverfahrens verarbeitet werden. Wir behandeln diese Daten mit größter Sorgfalt nach den gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz.

Bewerbung

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bis zum **10.07.2026** in einem PDF-Dokument per E-Mail an: wegener@bag-jugendschutz.de

Die Auswahlgespräche finden fortlaufend statt. Wir behalten uns vor, bereits vor Ablauf der Bewerbungsfrist erste Gespräche zu führen.

Für Nachfragen wenden Sie sich an:

Maja Wegener, Geschäftsführerin

E-Mail: wegener@bag-jugendschutz.de

Telefon: 030 400 40 310